

Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei Vorzahlung durch die Auswärtigen vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die schlagspaltene Zeile oder deren Raum 60 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr nachmittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Ämtliches Publikationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 22.

Montag, den 27. Januar 1919.

26. Jahrg.

Die Arbeitslosigkeit.

Von Erwin Barth.

Seit dem militärischen Zusammenbruch Deutschlands steht uns der wirtschaftliche Zusammenbruch vor Augen. Seit jener Zeit weiß man, daß in den deutschen Großstädten Hunderttausende von Arbeitslosen sich häufen und daß Millionen Männer und Frauen im ganzen Reich ohne Erwerbsmöglichkeit und ohne Aussicht auf Arbeit auf der Straße stehen würden. Seit jener Zeit beschäftigt man sich auch damit, das zu schaffen, was zum Schutze der Arbeitslosen und unserer Wirtschaft nötig ist.

Das Demobilisierungsamt hat einen großen Stab von Beamten, der sich dieser Aufgabe widmen soll. Geschehen ist bisher nichts Positives; man ist über das Stadium der Beratungen noch nicht hinausgekommen und hat sich lediglich darauf beschränkt, durch Wort und Schrift moralisch auf die Arbeitslosen einzuwirken und die Arbeitslosenfrage mit Hilfe der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenunterstützung zu lösen. Da reicht aber heute nicht mehr aus. An die neuartige Erscheinung unserer Arbeitslosigkeit muß mit anderen als den gewohnten Mitteln herangegangen werden.

Es ist eine Verkennung des Charakters dieser katastrophalen Arbeitslosigkeit, wenn man sie mit dem Maßstabe, der bei früheren Industriekrisen gerechtfertigt war, behandeln will.

Die früheren Industriekrisen waren Ueberschüßerscheinungen. Die regelrechte kapitalistische Produktion und die ungenügende Austauschform kamen miteinander in Konflikt. Wenn der Markt mit Industrieprodukten überflutet war und die Auftraggeber für die Fabriken ausblieben, wurden Hunderttausende von Menschen aus dem Produktionsprozeß herausgeschleudert. Die Ueberschüß von Produkten, der große allgemeine Reichtum gerade in jenen Zeiten gestifteten uns Geldunterstützungen in jedem Umfange. Zudem hat die Intensivierung unserer Wirtschaft auf fortgesetzten Ausbau unserer Verkehrswege gedrängt, und die Verwirklichung von Kraftwerksarbeiten erschien als durchaus nützliche und notwendige Korrektur des Mißverhältnisses zwischen Beschäftigungslosigkeit und Arbeitsangebot.

Die heutige Arbeitslosigkeit ist aber nicht aus Ueberschüß entstanden, sondern ist eine Folge der ungeheuerlichen Verarmung und Erschöpfung unseres Wirtschaftslebens. Vor allem mangelt es an Rohstoffen. Die Produktion im Kohlenbergbau ist so stark gesunken, daß selbst bei Vorhandensein aller industriellen Rohstoffe ein sehr großer Teil der Fabriken arbeitsunfähig wäre. Dazu kommt noch die Verkehrsnot, die die Situation verschlimmert.

Es besteht leider auch gar keine Aussicht auf völlige Gesundung des Arbeitsmarktes. Denn was wir während der vierjährigen Abschirmung Deutschlands vom Weltmarkt und dadurch, daß im Ausland Industrien großgekommen und produktionsfähig geworden sind, in denen wir früher ein Monopol für die ganze Welt hatten, an ausländischer Kundenschaft verloren haben, wird niemals restlos wiedergewonnen werden können. Wir müssen also dauernd mit industrieller Produktionsverminderung gegenüber dem Friedensstand rechnen. Sind wir nicht mehr in der Lage, industriellen Produktionsüberschüß in früherem Umfange an das Ausland abzugeben, so können wir auch nicht damit rechnen, daß uns das Ausland den früheren Gegenwert in Lebensmitteln zuführt. Unsere gegenwärtige landwirtschaftliche Produktionsfläche reicht aber nicht aus, ein Siebzig-Millionen-Volk zu ernähren. Der gegenwärtige Umfang der in Deutschland erzeugbaren Landwirtschaftsprodukte muß zu den üblichen Hungererscheinungen und zur Zerstörung großer Teile unserer Volkskraft führen.

Es gibt nur zwei Wege, diesem Elend auszuweichen: vor dem Kriege haben wir durch die großartige industrielle Entfaltung Deutschlands die Auswandererziffern auf ganz unerhörte Größe herabdrücken können. Wir haben nicht mehr Menschen, sondern die Produkte der Hände dieser Menschen ins Ausland geführt. Die Auswanderung von Industriearbeitern wäre also der eine Weg, aber der schlechtere und schlimmere. Der andere Weg ist: den Ueberschüß an Arbeitskräften, der in der Industrie nicht wieder untergebracht werden kann, mit dem Ueberschüß an wild- und brachliegenden Ländereien, die kulturfähig gemacht werden können, in Verbindung zu bringen und so die industrielle Verarmung Deutschlands durch Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion wettzumachen. Man darf die Augen nicht vor der leider fertigen Tatsache verschließen, daß eine gewisse Rückentwicklung Deutschlands in der Richtung auf den Agrarstaat unausbleiblich wird.

Dieser Umstand läßt auch die Bereitstellung von Notstandsarbeiten zur Vinderung der gegenwärtigen Krise als ungeeignetes Mittel und Kraftbergung erscheinen. Denn für den Umfang der künftigen industriellen Wirtschaft Deutschlands ist das, was zur Stunde vorhanden ist, vollkommen ausreichend.

Die einzige Möglichkeit, nutzbringend die gegenwärtig brachliegenden Arbeitskräfte zu beschäftigen, und die weitere schärfste Wertvernichtung durch Arbeitslosenunterstützung ohne Gegenleistung zu vermeiden, ist: die Arbeitslosen zur Herstellung neuer Felder und Wiesen und die Verbreiterung

des Nahrungsmittelpielraumes des deutschen Volkes nutzbar zu machen, und damit an Stelle von Arbeitslosenunterstützung den Arbeitslohn zu setzen.

Dazu ist aber nötig, daß man sich endlich von den Gebirgen verstaubter Aktenbündel und von der langatmigen Verhandlungsweise professoraler Unterredungen frei macht. Hier muß frisch ins Werk gegriffen werden, wenn nicht unerfessbare Werte für immer verloren gehen sollen. Ein paar arbeitslustige, energische, unterrichtete und von Verantwortlichkeit erfüllte Männer müssen diktatorisch und frei von allem angehäuftem Aktenwert eine Organisation aufziehen. Ihre Vollmachten müssen sie in die Lage versetzen, sich sofort alles Notwendige an Männen und Unterlagen zu beschaffen. Mit der Bureaucratie ist in dieser Angelegenheit nichts mehr zu erreichen. Mit ihr vorzurrennen wir uns immer weiter in die Sackgasse und in den Zusammenbruch.

Wer aber will den Zusammenbruch verantworten? Und wer von allen Männern, die ein Herz im Leibe haben, erkennt in ihm nicht das Zurückverlassen und die Vernichtung aller Zukunftshoffnungen? Wir haben mehr als zwei Monate beraten, verhandelt, geredet, geschrieben und schöne Sätze gebaut.

Jetzt aber heißt es handeln, handeln, handeln, ehe es zu spät ist.

Staatenkonferenz zur Reichsverfassung.

Unter dem Vorsitz Eberts saß gegenwärtig im Reichskanzlerhaus die Konferenz der Reichsleitung mit den Vertretern der Einzelstaaten, die sich über die neue Reichsverfassung schlüssig machen soll. Circa an 100 Vertreter sind anwesend.

Die Diskussion wurde vom Staatssekretär des Innern Breuß eingeleitet, der sich zunächst auf den ersten Teil des Entwurfs, die Frage der Verteilung Preußens und der Zusammenlegung der kleineren Bundesstaaten bezieht. Der Widerstand gegen die Verteilung der Hegeemonie Preußens liegt lediglich im Interesse der Vorkämpfer des alten monarchischen Regiments. Das Votieren auf allen, historisch gewordenen Hausmächten sei reaktionär, die Republik könne an diesen alten Gebilden nicht festhalten. Die Diskussion sei durch die Wahlkollision vom Sachlichen ablenken, und die Demokraten, das „Jünglein an der Waage“, hätten sich offenbar von einer gewissen Wahnsinn, hervorgerufen durch die Angriffe der Konterrevolution, beeinflussen lassen.

Hirsch (Preußen) erkennt an, daß das Reich einheitlicher geführt werden müsse und vorerst die bestmögliche Neugruppierung, diese aber auf Kosten Preußens zugunsten der übrigen Staaten zu sein.

Eisner (Bayern) brachte in angedeutetem Einverständnis mit anderen Bundesstaaten den Entwurf eines Notgesetzes ein, das nach seiner Meinung die ganze Diskussion überflüssig machen solle. Es handelt sich dabei um eine Art Rahmengesetz. Ebert wies Eisners Antrag, als der Zuhändigkeit der Nationalversammlung vorgehend, zurück. Eisners Vorstoß, der vielfach als Abwehr der Sabotierung aufgefaßt wurde, mißlang.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen stellte sich heraus, daß sich Eisner, in Verkennung der Situation, für keinen Vorschlag, ein Notgesetz zu erlassen, auf Sachsen und Württemberg berufen hätte. Die Vertreter dieser beiden Staaten erklärten, daß sie dem Eisner'schen Entwurf nur für den Fall zugestimmt hätten, daß der Preußische Entwurf von vornherein von der Versammlung abgelehnt werde. Sie hätten nur für den Eventualantrag Eisner gestimmt, nicht aber einen Vorstoß gegen den Preußischen Entwurf anzumachen wollen.

Wollgang Heine wandte sich als anhaltinischer Minister ziemlich scharf gegen den Preußischen Entwurf. Er befürchtet, daß dadurch das deutsche Volk geplatzt und Willkürlichkeiten beangenen würden, welche dem Verfassungswerk als Ganzem schaden.

Die Nachmittagsitzung zeigte, daß eine starke Tendenz zum Einheitsstaat vorhanden ist, daß aber die Schwierigkeiten, welche dieser Lösung im Wege stehen, als sehr groß empfunden werden und tatsächlich auch so groß sind, daß eine radikale Entwicklung nicht wahrscheinlich ist.

Zum Einheitsstaat bekannte sich besonders warm das Mitglied der Reichsregierung Landsberg. Als ein besonders bedenkliches Symptom für den noch immer grassierenden Partikularismus bezeichnete er den Umstand, daß die Kriegsgemeinschaft nicht einheitlich durchgeführt werden konnte, sondern durch Widerspruch Bayerns erhebliche Einschränkungen erlebte.

Auch der preußische Minister für Handel und Industrie, Fischer, bekannte sich als Unitarier.

Volksbeauftragter Ebert regte darauf an, daß die Regierung entschlossen sei, sofort nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung ihre Portefeuilles zur Verfügung zu stellen und der Nationalversammlung als erste Aufgabe die Einleitung einer neuen Reichsregierung zu überlassen, heute eine Kommission eingesetzt werde, der die Vertreter aller deutschen Freistaaten angehören sollen und die alle in der heutigen Sitzung gegebenen Anregungen verarbeiten möge. Diese Anregung verdrängte sich zu folgendem Antrag:

Unter dem Vorsitz des Staatssekretärs des Innern Dr. Hugo Preuß tritt Sonntag eine Kommission zusammen, der je ein oder mehrere Vertreter der deutschen Freistaaten angehören würden, um den Entwurf eines vorläufigen Grundgesetzes zu beraten, welcher der Nationalversammlung zur sofortigen Beschlußfassung vorgelegt werden soll.

Das Grundgesetz sieht lediglich die Einleitung einer Reichsverwaltung, die Bildung eines Reichsministeriums und die Mitwirkung der Regierungen der deutschen Freistaaten bei der Nationalversammlung vor. Der Kommission wird weiter der vorliegende Verfassungsentwurf zur Beratung überwiesen. Die Beschlüsse der Kommission gehen an die Reichsleitung.

In seinem zukunftsweisenden Schlusausspruch erklärte sich der Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Dr. Preuß, von der Ausprache im großen und ganzen befriedigt. Er ist der Überzeugung, daß sich ein Ergebnis, wenn alle vorgebrachten Einwände in angemessener Weise berücksichtigt werden, finden lassen werde. Auch er hänge nicht an den Einzelheiten seines Entwurfs. Die Reichsregierung habe sich ja auch niemals in bindender Weise zu diesem bekannt. Es wäre ja auch unmöglich, eine Verfassung zu schaffen, die sofort allen Beteiligten im Nord und Süd gefallen würde. Aber da aus allen Ausdrücken ersichtlich war, daß man zu einem Ergebnis kommen wolle, und da allen Ausführungen der Gedanke der nach Möglichkeit festzunehmenden Reichseinheit zugrunde lag, so ist auch die Hoffnung begründet, daß auch schon in der einzulegenden Kommission ein bedeutender Fortschritt erzielt werden kann.

Die von Ebert beantragte Einschließung wurde einstimmig angenommen.

Außer dem Entwurf des Staatssekretärs Dr. Preuß wurde folgender Entwurf Württembergs der Kommission zur Beratung überwießen:

1. Württemberg lehnt ein zentralisiertes Reich ab und hält daran fest, daß der Charakter der Bundesstaaten im wesentlichen erhalten wird, über einzelne Kompetenzen kann man sich mit der Reichsregierung unterhalten.

2. Württemberg ist weiter der Ansicht, daß Vorschriften wie sie im Paragraph 12 des Entwurfs enthalten sind, nicht ohne Zustimmung der Bundesstaaten in die Reichsverfassung aufgenommen werden.

3. Württemberg geht davon aus, daß Preußen im wesentlichen erhalten bleibt. Sollte eine Verlegung Preußens eintreten, so würde das die Einleitung einer zentralen Reichsgewalt bedeuten, was dem Ende der Bundesstaaten gleichkäme und diese zu Selbstverwaltungskörpern höherer Art herabdrücken würde. Das Verbleiben dieses Weges würde aber zum Verfall des Reiches führen, dessen Erhalt allein durch die überdauernde Verfassung verbürgt ist.

Die Friedenskonferenz.

Gegen neue gewalttätige Gebietsbesetzungen wandte sich der oberste alliierte Kriegsrat unter Beisein von Wilson. Ein Funkpruch beanagt, die Konferenz, die neuen dauernden Frieden schaffen wolle, sei sehr bewegt, daß in verschiedenen Teilen Europas und des Orients nochmals Gewalt angewendet wurde, um von Gebieten Besitz zu ergreifen, über deren rechtmäßige Zuerkennung die Friedenskonferenz sich äußern soll. Die Regierungen erlassen daher eine jeweilige Warnung und besetzen, daß jeder durch Gewalt erworbene Besitzstand den betreffenden größten Schaden bringen werde. — Diese Warnung richtet sich offenbar gegen Polen, Litauen und Annand, die jetzt so knappe aus der Reihe tanzten.

Der interalliierte Kriegsrat beschloß die Erneuerung eines interalliierten Ausschusses, der fest eben soll, wieviel Streitkräfte im mobilen Zustand verbleiben.

Ueber die Frage der Entschädigung sind die britischen Vorschläge fertiggestellt. Die mit der Arbeit beauftragten Beamten des Finanzministeriums haben eine ungeheure Menge Informationsmaterial über Deutschlands industrielle und kommerzielle Hilfsmittel gesammelt, die der Konferenz bei der Schätzung der Summe, die Deutschland zahlen kann, sehr zustatten kommen werden. Der letzte Gegenstand der Tagesordnung ist die Frage der internationalen Häfen, Straße und Eisenbahnen. Dabei liegt die Pflicht vor, den neuen Nationen, z. B. Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn usw., die keine Seegrenze haben, Gelegenheit zu schaffen, ihren Handel zu entwickeln. Wenn Danzig z. B. deutsch bleibt, soll dann müssen die Polen eine freie Verbindung des Havens für ihren Handel erhalten, ohne durch Einfuhrzölle oder andere Zölle behindert zu werden, welche durchaus den prinzipiellen Anteil bei den Hafenkosten überschreiten. Saloniki soll in gleicher Weise für die Serben, Trame für die Ungarn offen stehen. Der Bosphorus und die Dardanellen, so wird vorgeschlagen, sollen unter internationaler Aufsicht stehen. Im Interesse aller Nationen, speziell derjenigen, welche keine Häfen an der Nordsee haben, liegt es, daß der Rhein für die Handelschifffahrt frei werde. Die Donau ist ein anderes Beispiel eines internationalen Flusses. Rünftig sollen die kleinen Uferstaaten durch internationale Bestimmungen gegen eine Verletzung ihrer Rechte geschützt werden. Auch bei den „internationalen Eisenbahnen“ besteht die Absicht, das gleiche Recht für den Handel aller Nationen zu sichern. Der Streik Berlin-Bagdad habe der Krieg ein Ende gemacht. Hier entsteht eine türkische Eisenbahn.

Die Wahlen in Preußen.

Die gestrigen Wahlen zur preussischen Landesversammlung haben sich so weit bisher bekannt geworden ist, daruber in voller Ruhe und ungestort vollzogen.

Einzelnere Wahlergebnisse.

Altona. Sozialdemokraten 36341, Unabhängige 3858, Deutsche Demokratische Partei 16908, Deutsche Volkspartei 3526, Bauernbund 1, Deutschnational 3043, Zentrum 1323 Stimmen.

Neumünster. Liste Brauer (Soz.) 11057, Liste Siemen D. D. P. 5153, Odrä (D. P.) 323, Frahm (Dn. Vp.) 576, Jahn (Str.) 561, Hansen (U. S.) 254 und Jörjen (S. Bd.) 4 Stimmen.

Stade. 1839 Stimmen für die sozialdemokratische Liste, 171 für die Deutschen Demokraten, 679 für die Deutsche Volkspartei, 639 für die Weissen, 179 für die Deutsch-nationale Volkspartei und 43 für das Zentrum.

Ost-Friesland (Teilergebnisse): Soz. 2854, D. D. P. 1119, D. S. P. 1428, Deutschnat. 1104, Zentrum 154.

Hageburg-Stadt: Soz. 690, D. D. P. 1051, D. S. P. 74, Deutschnat. 244, Zentrum 20.

Keteriken: Soz. 2116, D. D. P. 1096, D. S. P. 221, Deutschnat. 104, Zentrum 14.

Wilker: Soz. 1071, D. D. P. 1078, D. S. P. 97, Deutschnat. 115, Zentrum 3, Bauernbund 85.

Ipsenrade: Soz. 1815, D. D. P. 1626, D. S. P. 429, Deutschnat. 253, Zentrum 24, Bauernbund 330.

Schwarzenbeck: Soz. 321, D. D. P. 591, Deutsch-nationale 104.

Rosenburg: Soz. 1403, D. D. P. 1017, U. S. P. 236, D. S. P. 8, Deutschnat. 45.

Obesloe. Das gesamte Wahlergebnis in der Stadt Obesloe beträgt: D. Demokratische Partei 1204, Deutsche Volkspartei 211, Deutsch-nationale Volkspartei 173, Sozialdemokratische Partei 1258, Christliche Volkspartei 82, Bauern- und Landarbeiterdemokratie 8.

Joch. D. Demokr. P. 2906, D. Volksp. 1086, Deutschnat. 715, Zentrum 56, Soz. P. 5029, U. S. P. 130, Bauerndemokratie 45.

Kiel. Demokr. 28118, D. Volksp. 12824, Zentrum 543, D. nat. Volksp. 7786, Soz. 56817, Unabh. Soz. 6709, Bauerndemokraten 133.

Schleswig-Stadt. Demokr. 3924, D. Volksp. 1113, J. Nat. P. 396, Soz. 3037, Unabh. Soz. 42, Zentr. 79, Bauernbund 35.

Kreis Siderstedt. D. Demokr. P. 1859, D. Volksp. 56, Zentrum 10, D. Nat. P. 456, Soz. 1870, Unabh. Soz. 28, Bauern- und Landarb.-Demokr. 1320.

Horstorf. D. Demokr. P. 518, D. Volksp. 156, Zentrum 4, D. Nat. P. 59, Soz. 726, Unabh. 1, Bauern-demokr. 16.

Segeberg. D. Demokr. P. 955, D. Volksp. 305, Zentrum 2, D. Nat. P. 110, Soz. 1049, Unabh. 35, Bauern-demokr. 11.

Garding. D. Demokratische P. 126, D. Volksp. 25, Zentrum 4, D. Nat. P. 50, Soz. 260, Unabh. Soz. 1, Bauern-demokr. 3.

Lönning. D. Demokratische P. 542, D. Volksp. 124, Zentrum 6, D. Nat. P. 48, Soz. 363, Unabh. 423, Bauern-demokr. 2.

Haderleben. D. Demokr. P. 337, D. Volksp. 718, J. Nat. P. 270, Zentrum 36, Soz. P. 1455.

Die Kolonien.

Ein englisches Staatsbuch über Deutschlands Eingetretensbehandlung in Südwestafrika hat bei der englischen Presse das Ergebnis gezeigt, Deutschland sei unwürdig, Afrika Kolonien zu besitzen.

Die Times meldet aus Paris: Bei den Verhandlungen über die Kolonien, erhebt Senats im Namen der Südafrikaner Anspruch auf Deutsch-Südwestafrika.

Eine Braunschweiger Konferenz

verhandelte über die Schaffung einer nordwestdeutschen Bundesrepublik. Als Bevollmächtigte der Landesvertretungen...

Die Konferenz der A. und S. Räte von Westdeutschland erklärt, der Bericht über die politische Lage und der Ausschuss der Nationalwahlen hat klar erwieken, daß das Werk der Revolution nur gesichert werden kann...

Der braunschweigische Volksbeauftragte Dextler legte eine Resolution vor, die für Westdeutschland wirtschaftliche, in sich geschlossene, möglichst auf historischer Grundlage beruhende sozialistische Freistaaten fordert...

Siebt die Regierung nicht auf die Forderungen der vereinigten westdeutschen Freistaaten ein, dann erklärt sich die Vereinigung als selbständig und unabhängig von der Berliner Regierung. Sie wird sofort mit der Entente einen Friedensabchluss suchen...

Man muß schon sagen: die Braunschweiger Unentwegten thronen im Rollenrad des Heim. Bilden sich diese „Volksführer“ wirklich ein, die Entente werde mit ihnen separat verhandeln...

Die Streifbewegung.

Die Beamten der Brager städtischen elektrischen Unternehmungen treten in den Ausstand.

Die der „Secolo“ mitteilt, sollen in Mailand alle Stiefereien stillstehen. Die Arbeiter verlangen den Achtstundentag, höhere Löhne und eine Vergütung für den freien Sonnabendsnachmittag.

32000 siebenbürgische Bergarbeiter, sämtliche Staatsbeamten Siebenbürgens sowie alle Beamten, Angestellten und Arbeiter des Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesens stellen die Arbeit ein...

Paris meldet eine Ausdehnung des Pariser Streiks: Die Angestellten der Straßenbahn und Autodrischen sowie die Konduktoren der Metropolitain und Nord-Süd-Bahn beschließen einen Streik.

In Spanien legte eine Arbeiterdelegation dem Ministerrat Sibantes die Forderung der Arbeiterschaft vor. Diese Delegation verlangt die unverzügliche Annahme folgender Mindestforderungen: achttündiger Arbeitstag...

Die großen Fabrikbetriebe in Petersburg, darunter die Diesel-Werke und die Mechanischen Werke haben den Ausstand erklärt. 60000 Mann streiken als Demonstration gegen die Bolschewiki.

Aus London wird gemeldet: Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß der Generallstreik am 1. Tage zur Erzwingung der 40-Stunden-Woche beginnt. Daburich, daß die Gemeindefabrikanten in Glasgow mit den Werksarbeitern zusammengehen...

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Das amtliche Wahlergebnis. Die Veröffentlichung des amtlichen Wahlergebnisses zur Nationalversammlung für den Wahlkreis Mecklenburg-Lübeck...

Bei der letzten Reichstagswahl am 12. Januar 1912 entfielen auf den sozialdemokratischen Kandidaten 15 451, auf den liberalen Kandidaten 11 169 und auf den konservativen 918 Stimmen.

Verdoppelt konnten. Daburich wird klar zum Ausdruck gebracht, daß der sozialistische Gedanke in der Lübecker Bevölkerung bedeutend an Boden gewonnen hat, trotz der Spaltung innerhalb der Partei...

Wie haben die Frauen am 19. Januar gestimmt? Die Frauen bilden nicht nur die größte Zahl der neuen Wähler, sondern der Wählerschaft überhaupt. Ihre Stimmen geben deshalb bei den Wahlen den Ausschlag...

Die Zahl der männlichen und weiblichen wahlberechtigten Personen in Neustadt ist uns nicht bekannt, doch dürfte auch in Neustadt die Frauen mehr Wähler stellen als überall sonst im Reich.

Einmalige Feuerungszulage für Hinterbliebene von Militärpersonen. Durch Wolffs Bureau wird gemeldet: Vor kurzem erhielten die Militärrentenempfänger eine einmalige Feuerungszulage.

Freigabe des Handels mit Vörröhl. Die Reichsstelle für Gemüße und Obst hat sich zur Freigabe des Handels mit Vörröhl in der Hoffnung entschlossen, daß es dem freien Handel am besten gelingen wird...

Rechtsauskunftsstelle, Einigungsamt, Arbeitsnachweis. Das Stadt- und Landamt, Abteilung 3, Lübeck, hat einen Bericht über die Tätigkeit der öffentlichen urenmtlichlichen Rechtsauskunftsstelle des öffentlichen Arbeitsnachweises und des Einigungsamtes...

Der Bericht sagt darüber, daß während der Berichtszeit der öffentliche Arbeitsnachweis, von den übrigen Einrichtungen der Wohlfahrtspflege durch Beschluß der gesetzgebenden Körperschaften getrennt wurde.

Ein gleiches Interesse verdient der Bericht des öffentlichen Arbeitsnachweises, wenn sich auch jetzt die Lage auf dem Arbeitsmarkt vollkommen geändert hat, so zeigt doch der Bericht einmal die große Bedeutung des Arbeitsnachweises...

HOLSTENHAUS G. m. b. H. LÜBECK.

Sie kaufen vorteilhaft bei uns für Theater und Gesellschaft

Weisse Blusen

Elegante weiße Bluse aus Schleierstoff mit Hohlbaum u. reich besticktem Vorderteil 28.50

Elegante weiße Bluse aus besticktem Schleierstoff mit neuartigem Kragen gearbeitet 39.50

Elegante weiße Bluse aus feinem Batist, flotte Sportform, mit reicher Perlmutterknopf-Garnitur 49.50

Elegante weiße Bluse aus Schleierstoff mit ovalem Ausschnitt u. quer-gesetztem breitem Zwischensatz 33.00

Elegante weiße Bluse aus Ia. Schleierstoff, Kragen und Vorderteil breit mit querlaufenden Hohlbaum verarbeitet 42.00

Elegante weiße Bluse aus Ia. Schleierstoff mit besticktem Glasbatist-Ein-sätzen und Kragen 54.00

Elegante weiße Bluse jugendliche Machart mit Fältchen und Stickerei ver-arbeitet 36.50

Elegante weiße Bluse aus Ia. Schleierstoff, reich besticktes Vorderteil mit eingesetzten Filatmotiven 47.50

Elegante weiße Bluse aus Ia. Schleierstoff, entzückend gearbeitet u. reich mit Blütentuffs bestickt 57.50

Unsere Auswahl ist groß. — Beachten Sie unser Schaufenster!

Elegante Seiden-Blusen
in entzückender Auswahl
72.00 65.00 57.00 49.50

NEUHEITEN in
Ball-Fächern
6.50 5.75 4.50 3.95

Elegante Seiden-Kleider
preiswerte Einzel-Modelle
265.00 225.00 175.00 95.00

Konsumverein für Lübeck und Umgegend

e. G. m. b. H.

Bilanz am 30. September 1918.

Konten.	ℳ	ℳ	Konten.	ℳ	ℳ
an Rassenbestand	1 591	69	Der Reservefonds	98 045	72
Rechnungskassen	2 000	—	Parifonds	9 000	—
Bankguthaben G. E. G. (Giro)	226 349	42	Warenvorruhefonds	10 427	78
G. E. G.	400 000	—	Dispositionsfonds	11 705	08
Voranschuss und	—	—	Geschäftsguthaben der Ge-	—	—
Erwerbsvereine-Bank	185 796	78	nossen	189 098	75
Bankguthaben Commerzbank	199 056	26	Spareinlagen	1 836 190	11
Geschäftsanteil G. E. G.	48 635	85	Sparm. rüfungsguthaben	1 309	25
Verlagsgesell-	—	—	Rentnoten	13 059	30
schaft	5 975	71	Sparrenten	229 060	—
Geschäftsanteil Lübecker Ge-	—	—	Hypothekenschulden	24 556	69
nosenschaftsbäckerei	10	—	Rabattguthaben der Ge-	—	—
Geschäftsanteil „Fortschritt“	—	—	nossen	108 203	08
Altona	88	35	Rückverhaltung	2 914	95
Geschäftsanteil Lübecker Ver-	—	—	Kriegshilfe	778	68
einbrauerei	900	—	Nach zu zahlende Umkosten	1 115	44
Geschäftsanteil Gemeinnützige	—	—	Grüßigung	12 629	34
Milchverforgung	200	—			
Geschäftsanteil Schuhhandels-	—	—			
gesellschaft	50	—			
Pflichtungs-Ris.	9 35	—			
Zarlehne für Hr. Mener & Co.	8 000	—			
Konsumgenossenschaft. Wiederer-	—	—			
hebungs-Gilde	1 200	—			
Wareneinkaufsverb. Rostburg	200	—			
Kraftloshaus	1 500	—			
Reisekosten	50 47	36			
Waren	675 009	73			
Mineralwasser	1 758	67			
Inventory	80 000	—			
Maßnahmen	3 14 0	—			
Reisenanreise	2 000	—			
Beleuchtungsanlage	1	—			
Mineralwasseranlage	2 000	—			
Klischen	1 04 0	—			
Wagen und Geschirr	5 000	—			
Grundbesitz	736 671	97			
	2 511 190	12		2 511 190	12

Im Geschäftsjahr 1917/18 sind der Genossenschaft 750 Genossen beigetreten und 258 Ge-nossen ausgeschieden. Am Schluß des Geschäftsjahres gehörten der Genossenschaft 11 224 Ge-nossen an.

Die Geschäftsguthaben der Genossen haben sich am 19.09.18 auf 19 993,50 M. und die Kasssumme um 14 730,— M. vermehrt.

Die Kasssumme betrug am Schluß des Geschäftsjahres 336 840 M.

Lübeck, den 23. Januar 1919.

Der Vorstand.

A. Barze.

G. Stark.

Guten Besuchen Babarun von Lübeck und Umgegend
ist gefälligst willkommen. Das ist die
Gastwirtschaft
Zum holsteinischen Hause
früher Wilh. Pries, Marlesgrube 22
übernommen habe. Für gute Getränke usw. wird bestens
Sorge getragen; auch bringe meine Fremdenzimmer in
freundliche Erinnerung.
Ich bitte, mein Unternehmen gütig unterstützen zu
wollen.
Achtungsvoll
Heinr. Buck.

Kastenblockwagen
besonders hart, billig. (850)
Beckergrube 5 II.

Brennholz
geschnitten in Längen von 20 cm
zu 7.— Mk. pr. Ztr.
ab K. an der Kolstenbrücke unterhalb Petersgrube
zu verkaufen.

Albert Busch, Kohlenhandlung
Adlerstraße 16. 8482

**Emaillier-Kochgeschirre,
Glas, Porzellan etc.**
werden billig u. haltbar verkauft
8485 Rab. Eng. Stenbrücken I, II
Uhren-Reparaturen.
Billige Preise. (849)
Große Auswahl in Wand-, Tisch-,
Weck- und Taschenuhren.
Hermann Volk, Uhrmacher,
Belle-Str. 54 u. Hinzstraße 71.

Drückhammers Gasthof
Franz Schultz
Marlesgrube 27.
Fernsprecher 728. (8502)
Empfehle täglich folgende Speisen
vom reinsten Roßfleisch:
Filetsteak } Portion 2,50 M.
Zungenragout }
Beefsteak }
Gutes. Beefsteak } Portion
Gulasch } 2,00 M.
Sauerbraten }
Kouladen }
Frikandellen }
Leber }
Fleischbrühe Tasse 20 Pfg.

Deutscher
Holzarbeiter - Verband
Zahlstelle Lübeck.
General-Versammlung
am Dienstag, d. 28. Januar
abends 7 1/4 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 18.
2. Jahresbericht.
3. Wahl der Ortsverwaltung.
4. Bericht.
5. Sonstige Verbandsangelegen-
heiten.
Nach der Versammlung findet
eine
**General-Ordnungs-
Tages-Versammlung**
statt.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 18
2. Jahresbericht.
3. Wahlen.
8490) Die Lokalverwaltung.

**Freiwillige
Frauen - Sterbekasse.**
General-Versammlung
am Dienstag, dem 28. Januar
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom Jahre 1918.
2. Vorstand- und Kassenbericht.
3. Sonstige Kassenangelegenheiten.
Der Vorstand.

**Arbeiter-Radtaher-
bund „Solidarität“**
Ortsgruppe Schönböken.
Versammlung
am Dienstag, d. 28. Januar
im Lokale „Stielrader Baum“.
Aufnahme neuer Mitglieder.
8497) Der Vorstand.

Stadttheater Lübeck.
Spielzeit 1918/19.
8492
Dienstag, den 28. Januar:
Der Troubadour
Mittwoch, den 29. Januar:
Sigurd Braa.
Donnerstag, den 30. Januar:
Demetrius.
für die Schauspielergemeinde:
Grüne Karten.

Zeitungstrendwörter
und
politische Schlagwörter
50 Pfennig.
Buchh. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 45.

Lausa-Theater.
Montag, abends 7 Uhr:
Gastspiel Egar Fany.
Der verliebte Herzog.
Operette von Jean Gilbert.
Dienstag: Die lustige Witwe.
Mittwoch Schwarzwalder-
del

Marmorsaal.
Auf vielfachen Wunsch
zum achten Male.
Freitag, den 31. Januar, 8 Uhr
Junior Ernst Albert-Abend
mit allen lokalen und zeit-
gemäßen Schlegeln.
Vorverkauf: Musikalienhdlg.
Kunst Robert, Breite Str. 29
3.—, 2.—, 1.— M. 8507

Möglichkeiten der Sozialisierung.

Ueber die Pläne des Reichswirtschaftsamtes auf dem Gebiete der Energieversorgung Deutschlands wird uns aus Berlin geschrieben: Soweit eine Sozialisierung heute möglich ist, erschöpft sie sich in der Frage, ob neue Formen im Wirtschaftsprozess angewendet seien, die eine Erweiterung der Beteiligung der Allgemeinheit an den Ergebnissen zulassen.

Einen Anlauf in dieser Richtung unternimmt das Reichswirtschaftsamte mit dem Versuche einer Regelung der Energieversorgung Deutschlands. In dem genannten Amte wird von den Einzelversorgern ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, der die Begünstigung der bundesstaatlichen Regierungen passieren und schließlich der parlamentarischen Erledigung zugeführt wird.

Der Entwurf über die gesetzliche Regelung der Energieversorgung Deutschlands vermeidet das Problem der Verstaatlichung und bezweckt die allgemeine Versorgung des deutschen Reiches mit Energie. Er will die Bewirtschaftung aller Energiequellen wie Elektrizität, Wasser, Wind usw. einheitlich regeln. Sein nächstes Ziel ist die Erreichung eines möglichst hohen Ergebnisses bei möglichst geringen Aufwendungen.

Im Speziellen ist für die Regelung der Materie ein Reichskohlengesetz und ein Elektrizitätsgesetz geplant. Das Kohlengesetz wird sich in der Hauptsache auf drei Faktoren beziehen, die Produktion, den Absatz und den Verbrauch. Es ist beabsichtigt, auf den bereits bestehenden Organisationen (Kohlenindustrie usw.) weiter zu bauen. Selbstverständlich wird alles auf eine neue Grundlage gestellt, insbesondere werden sich die staatlichen Organisationen auf die Gestaltung der Dinge einen starken Einfluß sichern.

Große Aufgaben stellt sich das Elektrizitätsgesetz. Schon rein materiell betrachtet, hat es sich auf einem Gebiete zu betätigen, auf dem in den letzten zehn Jahren ein ungeheurer Aufschwung erlebt worden ist. Von 1907-17 hat sich auf diesem Gebiete der Verbrauch vervielfacht; die öffentlichen Anlagen haben ihren Absatz vervielfacht. Leider haben Reich und Staat den Zeitpunkt verpasst, wo sie sich auf diesem Gebiete Einfluß und Gewinnanteil hätten sichern können.

Wie sich die praktischen Einzelheiten des Gesetzes (und auch der anderen) gestalten werden, wird wesentlich von der Art des Preisenschlusses abhängen. Bei den Vorarbeiten konnte es sich im wesentlichen nur um die Klarstellung der beherrschenden Prinzipien handeln. Dieses Prinzip wird beim Elektrizitätsgesetz dahin gehen, die geltenden Preise zu fördern, die eingehenden zu beschränken. Die einzelnen Werke sollen technisch-wirtschaftlich zu einem organischen Zusammenhange gebracht werden. Das ist heute um so leichter, als auf 200 bis 300 km Entfernung elektrische Energie ohne Verlust übertragen werden kann.

Im großen und ganzen handelt es sich hier, wie man sieht, um eine gesetzgeberische Initiative von gewaltiger wirtschaftlicher Tragweite.

Eine königliche Schauspielerin.

Roman von Ludwig Bendler.

„Pfeiffer, Sie sind ein Trottel.“ Herr Kanzleirat — „Herr, ein Trottel. Einen schwerfälligeren Menschen haben wir hier auf der königlichen Generalintendantur noch nie gehabt. Seit mir die Ehre ward, Dienst zu tun, in die zwanzig Jahre sind das nun schon.“

Sozialisierung dahin präzisiert, daß die Einsetzung der Sozialisierungskommission ein unglücklicher Beschluß gewesen sei, und daß diese Institution mit den zu weitgehenden Erwartungen, die sich daran knüpften, viel dazu beigetragen habe, eine Sozialisierungsmut zu schaffen, der das Wort „Sozialisierung“ nichts weiter sei als eine neue Formel für sonst nicht gerechtfertigte Lohnforderungen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Beisehung der Opfer der letzten Spatanaus-Überzugen verließ in vollster Ruhe. Vom Friedhofshain, wo sich der größte Teil des Trauerzuges versammelt hatte, bewegte sich der Zug durch die Friedenstrasse nach der Frankfurter Allee. An der Ecke der Friedenstrasse schloß er sich den dort haltenden acht Leichenwagen an, auf denen sich neben der 32 Holzjärgen der gefallenen Revolutionsoffiziere noch ein leerer Zylinder befand, der später die Leiche der Rosa Luxemburg, insofern diese aufgefunden worden ist, aufnehmen soll.

Michaelis und der Steintner A. u. S. Rat.

Der Steintner A. u. S. Rat hatte vor einigen Tagen dem Oberpräsidenten, dem früheren Reichskanzler Michaelis, den Beschluß mitgeteilt, daß am Tage der Beerdigung Liebknechts alle öffentlichen Gebäude halbamt zu schlagen haben. Dies hat der Oberpräsident abgelehnt. Daraufhin kam es vor dem Oberpräsidentium und dem Polizeipräsidentium zu Demonstrationen, bei denen die Menge die Hissung der roten Fahne forderte und bei Weigerung der Behörden diese selbst aufzog.

Das erwachte Mittelbien.

Wie die Wahlergebnisse zeigen, ist die Junkerherzschafft in ihren ältesten und sichersten Stügen fast restlos zusammengebrochen. Noch bis vor kurzem wählte fast das gesamte plattdeutsche Mittelbien der Elbe konservativ. Bei den Wahlen von 1907 z. B. war ganz Hinterpommern, ganz Ostpreußen, mit Ausnahme von Königsberg, ganz Brandenburg außer Berlin und Umgebung, Westpreußen und Posen, soweit sie nicht polnisch wählten, in konservativen oder freikonservativen Händen.

Jetzt zeigt sich, daß auch in Mittelbien nur der Terror, nicht die Zuneigung der Volksmassen, die Machtquellen der Konservativen war. In Ostpreußen haben über 400000 Wähler sozialdemokratisch gewählt. Westpreußen entfiel fünf Sozialdemokraten in die Nationalversammlung, drei bürgerliche

Demokraten und nur zwei Deutsch-Nationale. Der Regierungsbezirk Frankfurt a. O. brachte 320000 sozialdemokratische gegen 120000 Deutsch-Nationale Stimmen auf. In der Provinz Pommern werden doppelt soviel sozialdemokratische Stimmen wie Deutsch-Nationale gezählt, fünf Sozialdemokraten, zwei bürgerliche Demokraten gegen drei Deutsch-Nationale entfiel Pommern in die Nationalversammlung. Dabei hatten die Konservativen den Teil gebracht, alle junkerlichen Führer aus ihren Ämtern auszuschalten und bürgerliche Namen an die Spitze zu setzen. Es hat nichts genützt. Die Wahlen vom 19. Januar bedeuten bereits das Ende des alten Preußens, denn sie zeigen, daß die ehemaligen preussischen Machthaber auch in ihren bisherigen Hochburgen jeden Anhalt verloren haben.

Oesterreich.

Der neue Zug. Die Nationalversammlung hat ein Gesetz beschlossen, das auf zwei Bestandteilen Österreichs aufbaut. Das Arbeitsbuch wird abgeschafft, das auf Arbeitsverträgen in Nordösterreich schon 1869 beseitigt wurde, und die in der österreichischen Erwerbsordnung noch vorgesehene Kontraktbruchstrafe für Arbeiter wird aufgehoben.

Die Arbeitslosen Wien fordern eine Tagesunterstützung von mindestens 15 Kronen (12 Mark). Wenn sie nicht gewährt würde, so würden die Arbeitslosen von Palats zu Palats ziehen und sie sich holen.

Dänemark.

Verbot der Kubaexporte. Die Regierung hat im Volksrat eine Vorlage zwecks Verbot der Einfuhr und Ausfuhr von russischen Kubaleten nach und aus Dänemark unterbreitet. In Schweden ist ein solches Gesetz bereits in Kraft. Es gründet sich teils auf dem problematischen Wert der Kubaleten, teils auf den Wucher, die bolschewistische Agitation in diesen Ländern zu unterbinden.

Schweden.

Ausweitung der Sowjetrepubliken. Der russische Sowjetvertreter Barowski hat von der schwedischen Regierung die Aufforderung erhalten, mit seinem ganzen Personal Schweden spätestens Sonnabend abends mit dem Dampfer nach Finnland zu verlassen. Die schwedische Regierung verweigert ihm freies Geleit durch Finnland. — Nun hat das Sowjetrussland fast von allen Ländern die Ausweisung seiner Gesandten erfahren müssen. Kein Land in Europa von einiger Bedeutung unterhält mit Sowjetrussland diplomatische Beziehungen. Das bolschewistische Russland steht in der ganzen Welt isoliert. Dafür hat man sich in Russland einen diplomatischen Erfolg geschaffen, indem man aus den ausländischen Arbeitern, die dem Bolschewismus freundlich gegenüber stehen, berufliche, technische und andere Befähigungen ernannt hat.

Rußland.

Neue Niederlage der Bolschewiki. Teile der 3. und 5. Armee der Sowjetregierung wurden bei Peresow von sibirischen Truppen unter Bolschakow, der die Vereinigung der Nordarmee mit Wologda anstrebt, vernichtend geschlagen. Der Fall Wologda wird baldigt erwartet. Denikin rückt im Nordkaukasus vor. Die von der Sowjetregierung neu eingezogenen Jahrgänge sind wegen schlechter Ernährung unzuverlässig. Reserven sind nicht vorhanden.

Kleine politische Nachrichten.

Ein von Deutschland abgeleiteter Sonderzug mit 749 Millionen Franken, die für die Nationalbank bestimmt sind, und 55 Wertpakete ist für die belgische Regierung in Brüssel angekommen. Das Armeeverordnungsblatt bringt eine Verordnung, wonach die Angehörigen der im Osten stehenden Truppeneinheiten, berechtigt sind, am 2. Februar 1919 in allgemeiner, gleichzeitiger und geheimer Wahl zwei Abgeordnete zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung zu wählen, soweit die Angehörigen an diesem Tage wahlberechtigt sind und sich noch außerhalb des Reichsgebietes befinden.

„Pfeiffer, Sie sind ein Trottel.“ Herr Kanzleirat — „Herr, ein Trottel. Einen schwerfälligeren Menschen haben wir hier auf der königlichen Generalintendantur noch nie gehabt. Seit mir die Ehre ward, Dienst zu tun, in die zwanzig Jahre sind das nun schon.“

„Pfeiffer, Sie sind ein Trottel.“ Herr Kanzleirat — „Herr, ein Trottel. Einen schwerfälligeren Menschen haben wir hier auf der königlichen Generalintendantur noch nie gehabt. Seit mir die Ehre ward, Dienst zu tun, in die zwanzig Jahre sind das nun schon.“

In England wurde angeordnet, die Arbeiter der...
...in England wurde angeordnet, die Arbeiter der...
...in England wurde angeordnet, die Arbeiter der...

Wirtschaftliches.

Abkommen zwischen Beten und Eingestellten.

Der Reichsverband erkannte die gewerkschaftlichen Organ...
...der Reichsverband erkannte die gewerkschaftlichen Organ...
...der Reichsverband erkannte die gewerkschaftlichen Organ...

Die Ablieferung der landwirtschaftlichen Maschinen.

Die Ablieferung der von der Entente verlangten landwirt...
...die Ablieferung der von der Entente verlangten landwirt...
...die Ablieferung der von der Entente verlangten landwirt...

Kurt Eisner und die Sozialisierung.

Ministerpräsident Eisner hielt in der ersten Sitzung des...
...ministerpräsident Eisner hielt in der ersten Sitzung des...
...ministerpräsident Eisner hielt in der ersten Sitzung des...

Gewerkschaftsbewegung.

Keine internationale Gewerkschaftsvereinigung ohne Deutsch...
...keine internationale Gewerkschaftsvereinigung ohne Deutsch...
...keine internationale Gewerkschaftsvereinigung ohne Deutsch...

Soziales.

Gegen die Wohnungsnot. Zur Behebung der dringendsten...
...gegen die Wohnungsnot. Zur Behebung der dringendsten...
...gegen die Wohnungsnot. Zur Behebung der dringendsten...

Aus Nah und Fern.

Die Ueberfälle und Einbrüche in Groß-Berlin nehmen in...
...die Ueberfälle und Einbrüche in Groß-Berlin nehmen in...
...die Ueberfälle und Einbrüche in Groß-Berlin nehmen in...

den. — Für 70 000 Mark Nähgarn haben vier bewaffnete...
...den. — Für 70 000 Mark Nähgarn haben vier bewaffnete...
...den. — Für 70 000 Mark Nähgarn haben vier bewaffnete...

Zwei Sicherheitspolizisten erschossen. Bei Königsmusterhau...
...zwei Sicherheitspolizisten erschossen. Bei Königsmusterhau...
...zwei Sicherheitspolizisten erschossen. Bei Königsmusterhau...

Beschlagnahmte Goldmünzen. Die Budapest Polizei ver...
...beschlagnahmte Goldmünzen. Die Budapest Polizei ver...
...beschlagnahmte Goldmünzen. Die Budapest Polizei ver...

Offizieller Luftdienst Paris-London. Der Luftdienst Paris...
...offizieller Luftdienst Paris-London. Der Luftdienst Paris...
...offizieller Luftdienst Paris-London. Der Luftdienst Paris...

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Steinhilber...
...verantwortlicher Redakteur: Johannes Steinhilber...
...verantwortlicher Redakteur: Johannes Steinhilber...

Interate
...in den Kreisen des merkwürdigen Volkes weite Verbreitung...
...in den Kreisen des merkwürdigen Volkes weite Verbreitung...

2. Bekanntmachung

betreffend den Verkauf von Nähgarn.

Am 25. Januar ab bis 2. Februar 1919 darf Nähgarn auf...
...am 25. Januar ab bis 2. Februar 1919 darf Nähgarn auf...
...am 25. Januar ab bis 2. Februar 1919 darf Nähgarn auf...

- Das Landesverorgungsamt.**
- | | |
|----------------------------------|----------------------------|
| Burwich Anna, Schwanenstr. 47 | Hess, Ernst, Möbelfab. |
| Christens, Gustav, Sackstr. 8 | Hochhauswerk, Gertenweg |
| Wittmann, August, Sackstr. 10 | Kankel, Max, Schulstr. |
| Wittmann, A., Sackstr. 25 | Kerschbaum, Julius |
| Grabe, Carlitz, Sackstr. 11/12 | Möbelfab. Eisenmünde |
| Wittmann, August, Sackstr. 11/12 | Loritz, 21 |
| Wittmann, August, Sackstr. 11/12 | Kraus, W., Schulstr. 11/12 |
| Wittmann, August, Sackstr. 11/12 | Litzner, A., Sackstr. |
| Wittmann, August, Sackstr. 11/12 | Lorenz, Ernst, Sackstr. |
| Wittmann, August, Sackstr. 11/12 | Möbelfab. & Holz, Sackstr. |
| Wittmann, August, Sackstr. 11/12 | Kamm, Jürgen, Schulstr. |
| Wittmann, August, Sackstr. 11/12 | Schmidt, Andreas, Sackstr. |
| Wittmann, August, Sackstr. 11/12 | Schwarz, F., Sackstr. |
| Wittmann, August, Sackstr. 11/12 | Wittmann, August, Sackstr. |
| Wittmann, August, Sackstr. 11/12 | Wittmann, August, Sackstr. |

Bekanntmachung

betreffend den Verkauf von Leinwand oder Stoffgarn oder Strickgarn.

Während jetzt genügend Leinwand, Stoff- und Strickgarn...
...während jetzt genügend Leinwand, Stoff- und Strickgarn...
...während jetzt genügend Leinwand, Stoff- und Strickgarn...

- Das Landesverorgungsamt.**
- | |
|-------------------------------------|
| Hain, Georg, Möbelfab. 6 |
| Carl, Karlstadt, Sackstr. 18 |
| Carl, Ritter, Breite Str. 26 |
| Ströve & Baumeister, Breite Str. 26 |

Öffentliche Verdingung.

Die Ausführung der Steinarbeiten für den Neubau...
...die Ausführung der Steinarbeiten für den Neubau...
...die Ausführung der Steinarbeiten für den Neubau...

Das Finanzamt, Abt. Hochbau.
...das Finanzamt, Abt. Hochbau...
...das Finanzamt, Abt. Hochbau...

Notgeld der Stadtkasse.

Die Gültigkeit der von der Stadtkasse ausgegebenen...
...die Gültigkeit der von der Stadtkasse ausgegebenen...
...die Gültigkeit der von der Stadtkasse ausgegebenen...

Finanzbehörde.

Mieteeinigungsamt

für den Amtsgerichtsbezirk Bad Schwartau

Als Schriftführer des Mieteeinigungsamtes sind bestellt:
...als Schriftführer des Mieteeinigungsamtes sind bestellt:
...als Schriftführer des Mieteeinigungsamtes sind bestellt...

Versteigerung
...versteigerung...
...versteigerung...

Saattarten über Hülsenfrüchte

Der Stadtmagistrat (Gründungsamt) Frankfurt.
...der Stadtmagistrat (Gründungsamt) Frankfurt...
...der Stadtmagistrat (Gründungsamt) Frankfurt...

Wahlkomitee

Sitzung am Mittwoch, dem 29. Januar...
...sitzung am Mittwoch, dem 29. Januar...
...sitzung am Mittwoch, dem 29. Januar...

Anna Will Hermann Grambow
...anna will hermann grambow...
...anna will hermann grambow...

Luise Rabien
...luise rabien...
...luise rabien...

Rechnungs-Formulare
...rechnungs-formulare...
...rechnungs-formulare...

Schuhreparaturen
...schuhreparaturen...
...schuhreparaturen...